

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/119

Der Zweite Weltkrieg (1939-1941)

Nach der Bedrängnis jener Zeit wird die Sonne sich verfinstern und der Mond seinen Schein verlieren, und die Sterne werden vom Himmel fallen, und die Kräfte der Himmel werden ins Wanken kommen.

Matthäus 24, 29

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg

Am 15. März 1939 wurde die Tschechoslowakei nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistete und sofort bedingungslos kapitulierte. Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudetendeutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen. Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.

Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober 38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpaten-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen: Unter dem Vorwand der Selbstauflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpaten-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".

Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Beneš weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Beistandsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.

Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Beneš in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Machtergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht

abzuwenden.<<

Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die Rückgabe Danzigs und extraterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Danzigfrage" (x051/108):
>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer extraterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler betrieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich"-Parole aus, am 1.9. begann mit der Beschließung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.

Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Korridor" (x051/327):
>>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.

Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).

Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach extraterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

Am 22. März 1939 stimmte Litauen der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich

zu. Das Memelland wurde bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gab der polnischen Regierung am 31. März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).

Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.

In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen (britisch-französisch-sowjetischer "Dreibund"). Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen (z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien), so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).

Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.

Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Ab Mai 1939 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

In Danzig forderte die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).

Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.

Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<

Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaszow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hatte, kündigte er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155, x023/238):

>>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...

Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wieder-

holung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<

>>... Wir müssen, wenn bei polnischem Krieg England angreifen will, blitzartig Holland angreifen. Erstrebenswert ist es, eine neue Verteidigungslinie mit holländischem Gebiet bis Zuydersee zu gewinnen. ... Es handelt sich nicht mehr um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein von 80 Millionen Deutschen.<<

Am 31. Mai 1939 erläuterte der sowjetische Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtete über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).

Die französisch-britischen Garantieerklärungen (vom 31. März 1939) förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

Am 15. Juli 1939 propagierten polnische Politiker während der polnischen Siegesfeiern (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete. Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg (polnisch = "Grunwald") erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).

Im Juli 1939 steigerten gewalttätige Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligten, die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzte die Gelegenheit und verstärkte ihre antipolnische Hetzkampagne.

Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" (Posener Tageblatt) veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete später (im Oktober 1989) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. ...

1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorgeprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.

Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zugeschlagenen Minderheiten. Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an

den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).

Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...

Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai 1933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität bemühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").

2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse." (O. Reile, a.a.O., S. 117).

Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.

Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen ." (O. Reile, a.a.O., S. 118).

3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.

Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (O. Reile, S. 213).

Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."

Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:

"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmstüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).

Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:

"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alledem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..." (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).

4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt-Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellem:

"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.

Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtspolitik betreiben zu können." (S. 124)

Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspürigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).

5. Kurz: die gängige Rede vom unprovzierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.

Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblöbte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".

Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104: "Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französi-

sche Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".

Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."

6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwecken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...

Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im August den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."

Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.

Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.

7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:

"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus eventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.

Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.

Am 30. September und 1. Oktober 1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".

Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." –

Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.

Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechenopfer zu betrachten."

8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.

Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch ein interessiertes dauerndes Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?

"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.

Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).

9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).

Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und 1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, ver-

trieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.

Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).

Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter, 1982, S. 56).

Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.

Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entladen und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, ... Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.

Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (O. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)

"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.

10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.

Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschloß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.

Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).

In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Sym-

bols zu stellen".

Nun: drei Tage später, am 15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!

11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?

Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."

12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechtem Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.

Weder Polen-Euphorie noch abschätzig Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.

Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ulitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/...): >>Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: *"Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, *"Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."* Preparata fügt lapidar an: *"Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über

Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstrebende Gruppierungen in der britischen Politik:

- 1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
- 2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
- 3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanz-

ten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er *"alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust*, *The Times aus London*, *The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als *The Round Table* bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichten-

dienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erin-

nerung an die alten Tage in den Schützengräben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.

"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden." Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März *"verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George *"lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, *"den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."* Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatz-

punkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: *"England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig." Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde."*

Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."

Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den

Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wurde die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).

Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.

Am 18. August 1939 scheiterten die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht.

Außenminister Beck lehnte am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<

Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125). In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.

Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden. Stalin rechnete fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Die polnische Regierung erläuterte am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab ("die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos").

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.

Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen (östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel) wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.

Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).

Bei der anschließenden Feier brachte Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177):
>>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken ...<<

Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) schrieb später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...

Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürbenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.

... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...

Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten, aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...

Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken (Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen) mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>**Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte**

"Ich habe Hitler überlistet"

Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Pakts der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.

Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.

Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.

Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden

politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.

Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand darin, Hitler als "Eisbrecher" (Viktor Suworow) des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.

Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niedergerissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strategische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.

Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritannien aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglichkeit, es von den lebenswichtigen Erdölaufuhren aus Rumänien abzuschneiden! ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff,

dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:

"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!

- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.
- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.
- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...

Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.

- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.
- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...
- Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.
- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.
- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeois faschistischen Staat weniger bedeuten!
- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen." ...

Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.

Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Hitler-Stalin-Pakt (x320/64-66): >>**Der Hitler-Stalin-Pakt**

Der Coup vom 23. August 1939

Ein Schock für die westliche Welt: Die Erzfeinde verständigen sich zu Lasten der Polen. Beide Diktatoren ziehen Nutzen aus dem Deal.

Im Sommer 1939 laufen französisch-britisch-polnisch-sowjetische Sondierungen zu einem Kriegsbündnis gegen Deutschland. Als Warschau den antideutschen Kriegspakt zwischen London, Moskau und Paris aus Angst vor der Sowjetunion verhindert, nutzt Berlin die Chance und bietet seinerseits Moskau Gespräche zur Verständigung an. Am 4. August 1939 gewährt der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg daraufhin eine Audienz. ...

Am 19. August teilen die englische und die französische Regierung der sowjetischen mit, daß sie ihren schon ausgehandelten Vertrag aufgrund des Einspruchs der polnischen Regierung nicht unterzeichnen werden. Damit steht Rußlands Seitenwechsel nichts mehr im Weg. Der deutsche Botschafter wird erneut zu Molotow bestellt. Der überreicht ihm einen Textentwurf für den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Der Vertragstext enthält noch nicht das Zusatzprotokoll, doch er endet mit dem Satz:

"Der gegenwärtige Pakt ist nur bei gleichzeitiger Unterzeichnung eines besonderen Protokolls

über die Punkte, an denen die vertragsschließenden Teile auf dem Gebiet der auswärtigen Politik interessiert sind, gültig."

Die sprichwörtliche Katze ist damit nach wie vor nicht aus dem Sack: das Schicksal der Baltenländer.

Nun folgt Zug auf Zug. Hitler - in der Danzig-Krise unter Zeitdruck - schaut nur auf den Nichtangriffspakt mit Stalin, von dem er hofft, daß er die Polen, Briten und Franzosen zum Nachgeben beim Danzig-Korridor-Problem bewegt. Er schaut nicht auf das Zusatzprotokoll, von dem er immer noch nicht weiß, was die Sowjets damit verbinden werden. Hitler telegraphiert am 20. August an Josef Stalin und teilt mit, daß er den Entwurf des Nichtangriffspaktes akzeptiert. Am 21. August dankt Stalin wiederum Hitler für das Telegramm und lädt von Ribbentrop für den 23. August nach Moskau ein. ...

Hitler, vor die Wahl gestellt, mit Stalins Rückendeckung seine Handlungsfreiheit in der Danzig-Frage zu erhalten, oder ohne Stalin auf Danzig, die exterritorialen Transitwege und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, akzeptiert die Interessensphären-Grenzen, die die Russen fordern. Der deutsche Staatschef, der Stalins Forderungen vorher nicht gekannt hat, entscheidet offensichtlich ohne langes Zögern. Kurz nach Mitternacht, am 24. August, werden der Nichtangriffspakt und das geheime Zusatzprotokoll von Molotow und Ribbentrop unterschrieben. ...

Die Einigung zwischen Hitler und Stalin, so schnell nach dem Scheitern der französisch-englisch-sowjetischen Verhandlungen, ist ein Schock für London und Paris - und dennoch für Warschau kein Anlaß, in der Danzig-Frage auf Deutschland zuzugehen. ...

Das geheime Zusatzprotokoll spricht nur von Interessensphären. Es bringt nicht zum Ausdruck, daß die Sowjetunion nun Finnland und die Baltenstaaten einkassieren dürfe. So harsch dieses deutsch-sowjetische Geheimabkommen auch später kritisiert wird, es entspricht den Gepflogenheiten jener Zeit. So schließt beispielsweise auch Großbritannien 1938 mit Italien und mit Spanien derartige Abkommen. Das geheime Zusatzprotokoll ist zudem kein Produkt von Hitlers Strategie, sondern stammt aus der Feder Stalins beziehungsweise Molotows.<<

Am 25. August 1939 wiederholte Hitler nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.

Die britische Regierung schloß am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.

Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98). US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.

Der britische Botschafter Henderson versuchte den deutsch-polnischen Krieg ebenfalls zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte (Ultimatum).

Am späten Nachmittag (30. August 1939) stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Dem polnischen Unterhändler sollten folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>>**Deutsch-polnisches Abkommen**

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

- 3.** Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.
- 4.** Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
- 5.** Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.
- 6.** Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.
- 7.** Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- 8.** Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.
- 9.** Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.
- 10.** Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.
- 11.** Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.
- 12.** Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.
- 13.** Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden

gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<

Bis Mitternacht (30. August 1939) traf jedoch kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Am 30. August 1939 erfolgte in Polen die Mobilmachung (x041/98).

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>**Vom Polenfeldzug zum Weltkrieg**

Strategie, Improvisation und Chaos

Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.

Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. ...

Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. ...

5. Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. ...

7. Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

8. Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

9. Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. ...

13. Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. ...<<

Am Mittag des 31. August 1939 erteilte Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):

>>Geheime Kommandosache

Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>...

Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Neville Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:

"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt

an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

Lipski erklärte am 31. August (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:

"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...

Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Beginn des Zweiten Weltkrieges

Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), begann am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

Nach dem deutschen Angriff (die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Das NS-Regime erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<

Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den britischen Dominien und den übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.

Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.

Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<

Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte

große Betroffenheit und Ratlosigkeit.

Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<

Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).

Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtete am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatus (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...

Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.

"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...

Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"

Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<

Um 11.30 Uhr lehnte Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatus überreichte Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien gaben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärte (x033/11).

Um 14.30 Uhr informierte Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.

Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endete mit den Worten (x033/11): >>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<

Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formulierte am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<

Der britische Premierminister Chamberlain gab am 3. September 1939 vor dem Unterhaus den Kriegszustand bekannt (x243/68): >>... Für uns ist dies ein Trauertag und für niemanden mehr als für mich.

Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen. ...<<

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) erklärte am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.

Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...

Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<

Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung

nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.

An den westdeutschen Grenzen standen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagten damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).

Die Franzosen führten lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisierte (Beginn des "Komischen Krieges"). Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettete nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führte schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<

Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Stalin ließ diese "Befreiungsmision" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".

Am 17. September 1939 floh der polnische Staatspräsident Moscicki mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.

Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop änderten am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegten die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug. Die Sowjetunion besetzte danach Ostpolen (Westukraine) und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen). Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnete der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).

Am 6. Oktober 1939 wurden die letzten polnischen Kampfeinheiten durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.

Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermiße und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).

Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober

1939 ab (x040/16).

Der Bromberger Blutsonntag

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hatten schon seit Wochen gegen die Polen-Deutschen gehetzt (x025/44): >>... daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Am 3. September 1939 eröffneten polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massensterbe der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnische Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten ungläubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtete das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden

konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung.

...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<

Prof. Dr. Hermann Pfister schrieb später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schrieb später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<

>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde. Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklicherweise war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer

zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...

Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...

Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.

Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28.08.2004) (x887/...): >>Die "Jagd auf Deutsche" im Osten

Die Verfolgung begann nicht erst mit dem "Bromberger Blutsonntag" vor 50 Jahren von Pater Lothar Groppe

Deutsche Politiker und Medienleute lassen keine Gelegenheit vorübergehen, an vergangene deutsche Schuld zu erinnern. Hierbei spielt die historische Wahrheit häufig keine Rolle, wenn nur der Political Correctness Genüge getan wird. So, wie der Nürnberger Oberbürgermeister am 9. November des vergangenen Jahres anlässlich des 65. Jahrestags der "Reichskristallnacht" erklärte: "Es gab nur ein einziges Tätervolk, uns."

Wir werden am 1. September des Überfalls auf Polen gedenken, der den Zweiten Weltkrieg mit all seinen Schrecken auslöste und 55 Millionen Menschenleben forderte. Der "Überfall" ist inzwischen derart zum Gemeingut geworden, daß ihn niemand zu bezweifeln wagt. Allerdings bereitet uns das "Deutsche Wörterbuch" von Gerhard Wahrig einiges Kopfzerbrechen. Nach ihm ist ein Angriff ein Überfall, wenn er den Angegriffenen unvorbereitet und überraschend trifft. Jedoch Polen war keineswegs unvorbereitet, wie der französische Historiker Raymond Cartier in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" schreibt. Nach ihm hatten die Polen den Angriff erwartet:

"Hatten sie den Krieg wirklich nur erwartet? Hatten sie ihn vielleicht sogar gewollt? Eine Woge patriotischer Begeisterung ging bereits seit Wochen durch das ganze Land. Es gab Leute, die ganz offen erklärten, sie hätten Angst gehabt, ihre Politiker könnten die Gelegenheit, den Deutschen eine tüchtige Lehre zu erteilen, ungenützt vorübergehen lassen. Wenn Hitler etwas gegen den Korridor habe, so werde Polen diesen eben auf seine Weise beseitigen, indem es sich Ostpreußen einverleibe, dessen Besiedlung durch die Deutschritter ja ohnehin nichts als nackte Usurpation gewesen sei."

Cartier spricht auch unverblümt davon, daß es in Polen seitens der Polen Fälle offener und heimtückischer Unterdrückung der deutschen Minderheit gab. In Polen war die Mobilmachung seit Frühjahr 1939 etappenweise im Gang.

Lange vor Hitler, am 9. Oktober 1925, schrieb die polnische Zeitung Gazeta Gdansk: "Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren könne. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberherrschaft erhalten. Dann wird es keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."

"Von 1.058.000 Deutschen, die noch 1921 in Posen und Westpreußen lebten", ist bei Cartier zu lesen, "waren bis 1926 unter polnischem Druck 758.867 abgewandert. Nach weiterer Drangsal wurde das volksdeutsche Bevölkerungselement vom Warschauer Innenministerium

am 15. Juli 1939 auf weniger als 300.000 Menschen geschätzt."

All dies muß man wissen, wenn man wissen will, wie es zum bisher größten und verlustreichsten Krieg der Geschichte kam. Wenn man auch nicht vom "Überfall" auf Polen sprechen kann, so begann doch am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen. Man darf den historischen Hintergrund nicht außer acht lassen, wenn man verstehen will, wie es infolge langwieriger Spannungen schließlich zum Krieg kam. Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland erklärte auf die Frage, wer denn den Sechs-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: "Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." Sollte dies etwa auch für Deutschland gelten?

Neben der Tschechoslowakei gab es in Polen das Problem der "deutschen Minderheiten". Es geht auf die Grenzziehung von Versailles zurück. So wurden die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ohne Volksabstimmung Polen zugewiesen. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 wurden Teile davon Polen überlassen, obwohl 59,6 Prozent der Bewohner für Deutschland gestimmt hatten. So kamen mehr als zwei Millionen Deutsche in den Vielvölkerstaat Polen. Minderheitenabkommen sollten das Nationalitätenprinzip retten. Aber die Tschechoslowakei und Polen erklärten immer wieder, das Minderheitensystem des Völkerbundes beeinträchtigte ihre Souveränität. So wurden in der Regel die Verträge nicht eingehalten, was zur Verärgerung und Enttäuschung der Bevölkerung führte. Sie griff aber zur Veränderung des Status quo nicht zur Gewalt.

Waren die Deutschen eine "fünfte Kolonne"? Ganz besonders in Polen wurde dieser Vorwurf erhoben. Aber eine ethnische Minderheit ist nicht schon deswegen illoyal, weil sie die Beachtung der Minderheitenrechte verlangt. Zwischen 1919 und 1939 kam es zu mehreren tausend Protesten wegen Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919. Es gab eine Menge Zündstoff. Deutschen wurden in Polen ihre Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt.

Volksdeutsche, die versuchten, ins Reich zu flüchten, wurden ebenso beschossen wie später Deutsche, die aus der Ostzone nach Westdeutschland zu flüchten suchten. Allein im August 1939 gelang etwa 80.000 Deutschen die Flucht nach Deutschland. Der damalige Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker schrieb hierzu: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1933 die Welle immer höher aufstieg und das ursprüngliche Problem Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte."

Die 20 Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme hatten versucht, durch Verhandlungen das Verhältnis zu Polen zu verbessern. Selbst Hitler versuchte dies anfangs, allerdings ohne Erfolg. Erst als er ab 1937 mit Gewalt drohte, konnte er nach und nach die Versailler Probleme lösen. Da er jedoch den Bogen überspannte, kam es zum Zweiten Weltkrieg.

Als sich ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr verschlechterten, wurden einzelne Volksdeutsche, also solche deutscher Abstammung, aber ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ermordet. Allerdings waren es nicht so viele, wie die deutsche Propaganda behauptete. Bereits mehrere Monate vor dem Krieg führten Rundfunk und Presse Polens einen propagandistischen Feldzug gegen die Minderheiten mit dem Tenor, "daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Es ging das Gerücht von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" um. Wohlwollende Polen warnten ihre deutschen Nachbarn, sich im Falle eines Krieges auf das Schlimmste gefaßt zu machen.

Am 31. August 1939 inszenierten die Nationalsozialisten einen Überfall auf den Sender Gleiwitz, der den Polen in die Schuhe geschoben wurde. Dieser Vorfall war deshalb von besonderer Bedeutung, weil die internationale Öffentlichkeit auch nach Kriegsende die deutschen Behauptungen über alliierte Kriegsverbrechen verwarf. In den letzten Tagen vor Kriegsbeginn häuften sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche Morde an Volksdeutschen.

Tatsächlich begann am 1. September 1939 die angekündigte "Jagd auf Deutsche". Der "Brom-

berger Blutsonntag" wurde aber im Ausland als Propaganda der Nationalsozialisten angezweifelt. Da nach dem 1. September 1939 vereinzelt Sabotageakte verübt wurden, deren Urheber nicht mehr zu ermitteln sind, kam es seitens der polnischen Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Anhand der vor dem Krieg angelegten Listen wurden in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen 10.000 bis 15.000 Deutsche ohne Haftbefehl festgenommen und zum Fußmarsch ins Landesinnere Richtung Kutno gezwungen.

Die Polen beschuldigten die Deutschen, Angehörige der "fünften Kolonne" zu sein. Während des Marsches vergriffen sich Polizisten und Zivilisten an den wehrlosen Deutschen. Etwa 2.200 Verschleppte kamen um. Vielfach wurden Marschunfähige einfach erschossen. Man erinnere sich an die Todesmärsche von Auschwitz am Ende des Krieges. In vielen Ortschaften begingen Polen Brandstiftungen, holten Deutsche, die sie der Konspiration mit dem Feind verdächtigten, aus ihren Häusern, mißhandelten, vergewaltigten und ermordeten sie.

Am schlimmsten ging es am Sonntag, dem 3. September in Bromberg zu, weswegen es zur Bezeichnung "Bromberger Blutsonntag" kam. Anlaß war das Gerücht, im Nordteil der Stadt sei es zu Schießereien gekommen und deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Später wurde bekannt, daß es sich um marodierende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanteriedivision handelte. Fallschirmjäger sprangen nicht über Bromberg ab.

Unter dem Vorwand, nach Waffen, Munition und Geheimsendern zu suchen, drangen Soldaten, Polizisten und Zivilisten in die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt.

Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen" (WUSt). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.

Daß nach Kriegsbeginn schwere Ausschreitungen gegen Volksdeutsche begangen wurden, steht fest. Ebenso trifft es zu, daß die Zahl der Ermordeten nicht so hoch ist, wie Goebbels behauptete. Danach seien 58.000 Volksdeutsche ermordet worden. Die Kartei der "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" enthält "nur" 5.495 Karten.

Bei den Verbrechen gegen Volksdeutsche muß zutiefst erschüttern, daß nach gut belegten Berichten am Sonntag, dem 3. September, katholische Gotteshäuser zu Versammlungsstätten wurden, die wenig später zum Massenmord an Deutschen führten. Nicht zufällig wird in allen vorliegenden Berichten übereinstimmend "die Zeit nach dem Gottesdienst" und hier, noch genauer, "nach 10.00 Uhr" oder "ungefähr 10.20 Uhr" als Beginn des Schießens in verschiedenen Stadtteilen und der Massenverhaftungen von Deutschen angegeben. Im Bundesarchiv haben wir Unterlagen, die eindeutig belegen, daß die polnischen Einwohner systematisch aufgehetzt wurden.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß nicht wenige Polen sich für Deutsche einsetzten. So der Malermeister Pulkowski. Er sagte zu den bewaffneten Banden: "Was macht ihr mit den Deutschen?" Er wurde mitgenommen und erschossen. Aus vielen eidesstattlichen Aussagen geht hervor, daß aus der Menge immer wieder zum Mord an den Deutschen aufgerufen wurde. Die Bromberger Ereignisse wurden auch von ausländischen Reportern geschildert. So schrieb ein ungarischer Journalist:

"Laut allen Aussagen begann die Hölle in Bromberg in jener Stunde, als die polnischen Zivilbehörden die Stadt verlassen hatten. Hunderte von Deutschen, darunter Frauen, Kinder und

Greise, wurden durch die Stadt gejagt. Sie wurden mit Gewehrkolben und Stöcken geprügelt und massenweise hingemordet. Selbst der katholische Pfarrer Kaluschke wurde mit seinen Ordensschwwestern durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Ich hatte Gelegenheit, noch Donnerstag (7. September) in Häusern und auf den Straßen die Leichen der Ermordeten zu sehen ..."

Neben dem eigentlichen Zentrum Bromberg wurden auch in den Vororten zahlreiche Deutsche ermordet. Dort begannen die Ermordungen erst am 4. und 5. September. Es heißt, weil sie Deutsche waren. Wahllos wurden Frauen, Kinder und Greise abgeknallt, wo immer man sie als Deutsche identifizierte.

In den Berichten wird aber auch hervorgehoben, daß weite Kreise der Bevölkerung ebenso wie der polnischen Armee mit dieser Welle des Hasses nichts zu tun hatten, daß sie ohnmächtig und hilflos dem Wüten des Mobs gegenüberstanden, wie seinerzeit in der sogenannten "Reichskristallnacht" die meisten Deutschen den nationalsozialistischen Mordbrennern.<<

SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941)

Am 27. September 1939 wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wurde danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das RSHA war Himmler unterstellt (Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner). Die RSHA-Abteilungen erteilten den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entstand. Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die verschiedenen RSHA-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen. Heinrich Müller (1900 in München geboren) leitete das RSHA-Amt IV (Geheime Staatspolizei). Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelte dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".

Die deutsche Militärverwaltung in Polen wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.

Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hatte, gliederte man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland (ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt) sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen (Regierungsbezirk Zichenau und Sudauen) und Oberschlesien (Bezirk Kattowitz und das Olsa-Gebiet) ein.

In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wurde das "Generalgouvernement" (eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches) gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete blieb unklar. Das Generalgouvernement wurde später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.

Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen

Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.

Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.

In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.

Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisation des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unterlag.<<

Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet ("Bromberger Blutsonntag").

Am 1. September 1940 stellte der vorbestrafte SS-Oberführer Dr. Oskar Dirlewanger das erste SS-Sonderbataillon (später SS-Sturmbrigade D) auf.

Hans Frank forderte die versammelten SS-, SIPO- und SD-Führer am 30. Mai 1941 auf, den polnischen Widerstand im Rahmen einer allgemeinen "Befriedungsaktion" zu liquidieren (x092/903): >>Der Führer hat mir gesagt, was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande ...

Ich gestehen ganz offen, daß es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führungsschicht ...

Meine Herren, wir sind keine Mörder.<<

Die polnische AK-Heimarmee (AK = Armia Krajowa) operierte zunächst hauptsächlich im Generalgouvernement. Diese polnische Untergrundarmee verfügte im März 1941 erst über ca. 54.000 Mitglieder, während es 1941/42 rund 150.000 und 1944 bereits mindestens 350.000 Widerstandskämpfer gab. Die polnische Widerstandsbewegung erhielt ihre Einsatzbefehle von der polnischen Exilregierung aus London (x064/155-156). Hauptaufgaben der polnischen Partisanen waren: Spionage, Sabotageakte und Attentate gegen die deutsche Besatzungsmacht.

Die polnische AK-Heimarmee informierte die Londoner Exilregierung damals regelmäßig über die durchgeführten Sabotageakte in Polen (x064/156): >>Arbeitsergebnis ... für Oktober und November 1941 ... auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 2 Bohrtürme stillgelegt, ein Bohrturm ist ausgebrannt, in Fabriken wurden 21 Maschinen beschädigt, 70.000 fehlerhafte Geschoßhülsen geliefert, 40 Züge zum Entgleisen gebracht, 480 Loks und 2.177 Waggons beschädigt, 35 t Öl verschmutzt, 13 Benzinkesselwagen abgelassen, eine Fabrik für Kriegsmaterial-Verpackung ganz abgebrannt, 4 verschiedene Fabriken, 3 Sägen, 1 Lebensmittellager in Brand gesteckt, 150 Waggons mit Holzwolle verbrannt, 374 Autos beschädigt und

außerdem rund 10.000 kleinere Sabotageakte durchgeführt ...<<

Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Der sowjetische NKWD-Geheimdienst begann am 10. Februar 1940 mit der planmäßigen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".

Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony (1931-1999) schrieb später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen (die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften). ...

Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz (Akademiker und Ingenieure), aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt wurden.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142). Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsoffer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders böartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

Als die deutschen Wehrmachtstruppen am 30. Juni 1941 in Lemberg einrückten, fanden sie in den Lemberger Gefängnissen mindestens 3.000-4.000 ukrainische und polnische Todesopfer der sowjetischen NKWD-Massaker (x029/345). Lemberger Zivilisten meldeten später die Verschleppung von rund 20.000 Ukrainern und Polen (ca. 80 % der gesamten Lemberger Intelligenz).

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum und in Ostpolen (x046/169-170): >>... Etwa eine Million Menschen kamen im Gefolge der Annexion Ostpolens und der baltischen Republiken zwischen 1939 und 1941 ums Leben.

Der auf Befehl Stalins hin sofort nach Kriegsbeginn 1941 vorgenommenen Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen und der auf sein Geheiß hin vorgenommenen Niedermetzelung politischer Gefangener durch die Organe des NKVD vor dem Rückzug sind unzählige – nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten allein in der Ukraine 80.000 bis 100.000 – Menschen zum Opfer gefallen.

Die Leichen der Hingemordeten wurden in den ... ukrainischen Städten und in anderen Orten

überall in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Republiken aufgefunden. Schauplatz solcher Massaker waren auch solche Zentren wie Brest, Minsk, Kaunas, Wilna, Riga, um nur einige Stätten beispielhaft zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt ...<<

In der Stadt Luck (Ukraine) ermordeten die Sowjets Ende Juni 1941 vor dem Rückzug etwa 1.500 ukrainische Häftlinge (x029/328). In Brzezny, Rudki, Komarno, Tarnopol, Jusowka und in Winniza entdeckten deutsche Wehrmachtssoldaten später Hunderte von ermordeten Ukrainern (x029/329).

Vor dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion hatte Stalin Befehle erteilt, alle politischen Häftlinge in den Osten zu verlagern oder zu beseitigen. In Ostpolen, der Ukraine und in den baltischen Ländern wurden danach vor dem fluchtartigen Rückzug der Roten Armee Tausende von Inhaftierten durch sowjetische NKWD-Einheiten und Politkommissare nach Sibirien transportiert oder kurzerhand liquidiert. In fast allen grenznahen sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern Ostpolens ereigneten sich überstürzte Massenhinrichtungen.

Anschließend rückten die NKWD-Verbände meistens sofort ab, ohne die Ermordeten wenigstens zu verscharren, so daß die deutschen Wehrmachtssoldaten vielerorts regelrechte "Leichenberge" fanden. Oftmals hatte man die Inhaftierten kurzerhand mit Maschinengewehren niedergemäht. In den sowjetischen Zuchthäusern spürte man außerdem zahlreiche mittelalterliche oder moderne Folterwerkzeuge und Mordinstrumente aller Art auf.

Im Bericht einer US-Kongreßkommission, der 1954 veröffentlicht wurde, hieß es (x029/348): >>... In den ersten Kriegstagen erschöß der NKWD in jeder Stadt der westlichen Ukraine alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder überlebten.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die sowjetischen NKWD-Massaker in den Lemberger Gefängnissen (x046/200-201): >>... In Ausführung eines Befehls von Stalin, politische Gefangene nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen, waren in den Tagen vor dem 30. Juni 1941 in den Lemberger Gefängnissen, so im Brigidki Gefängnis, im Zamarstynow Gefängnis und im Gefängnis des NKVD, rund 4.000 ukrainische und polnische politische Gefangene und sonstige Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes sowie eine Reihe deutscher Kriegsgefangener, teilweise nach schweren Folterungen, von Organen des NKVD planmäßig erschossen und zum Teil bestialisch ermordet worden.

Diese Vorfälle wurden von der Einsatzgruppe des SD zum Anlaß genommen, um nun ihrerseits, als sogenannte 'Vergeltung für die unmenschlichen Greuelthaten', bis zum 17. Juli 7.000 an den Geschehnissen unbeteiligte Einwohner jüdischer Herkunft in Lemberg und Umgebung zu erschießen. Dennoch - es waren die Sowjets gewesen, die in Lemberg 4.000, zum Teil massakrierte Leichen ermordeter Zivilpersonen zurückgelassen hatten, ein Umstand, der von der deutschen Propaganda sofort aufgegriffen wurde.

Deutsche Pressemeldungen über die sowjetischen Greuel in Lemberg fanden eine Bestätigung in polnischen Berichten, die auf inoffiziellen Wegen nach Großbritannien gelangten. Das Foreign Office, wie später im Falle Katyn von der sowjetischen Täterschaft sofort überzeugt, richtete an das Moskauer Außenkommissariat eine Note mit dem Ersuchen um Aufklärung, woraufhin Molotow am 12. Juli 1941 eilends ein kategorisches Dementi herausgab.

Umgehend wurde die Sowjetpropaganda aufgeboten, um den demaskierenden Vorfall zu vertuschen und nunmehr die Deutschen für das Massaker verantwortlich zu machen. Lemberg war geradezu der Präzedenzfall für die sowjetische Propagandataktik, die eigenen Untaten vergessen zu machen, indem man sie grundsätzlich der deutschen Seite zuschrieb.

Die Sowjetbehörden gingen dazu über, sogenannte 'Zeugen' zu präparieren, ein erprobtes Verfahren, war nach den Erfahrungen der "Großen Säuberung" der dreißiger Jahre das NKVD

doch in der Lage, von jedem beliebigen Zeugen jede beliebige Aussage über jedes beliebige Verbrechen zu erlangen. Auf der Grundlage solcher Fälschungen verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 8. August 1941 die von der amerikanischen Agentur ASSOCIATED PRESS sofort aufgenommene Meldung, deutsche 'Sturmtruppen' hätten in Lemberg 40.000 Menschen getötet.

Solche Zeugenaussagen wurden als 'unwiderlegbar' hingestellt und als Beweis dafür, daß "die phantastischen Erfindungen der Hitler Propaganda über sogenannte bolschewistische Verbrechen in Lemberg nur ein plumper Versuch sind, die beispiellosen Grausamkeiten zu verschleiern, die von den deutschen Banditen selber gegen die Lemberger Bevölkerung begangen wurden".

Als sich die Sowjetregierung 1943, nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn, in die Enge gedrängt sah, kam sie auf die Lemberger Beschuldigungen zurück. Am 29. April 1943 behauptete das Parteiorgan PRAWDA in einem Beitrag unter der absurden Überschrift "Hitlers polnische Kollaborateure", die 'deutschen Banditen', die 'hitlerischen Lügner', "operieren jetzt in genau derselben Weise, wie sie in Lemberg 1941 im Hinblick auf sogenannte Opfer des bolschewistischen Terrors in Lemberg zu operieren versuchten". Wie im Fall Lemberg hätten sie versucht, die in Katyn von ihnen begangenen Untaten "vor die Tür sowjetischer Organisationen zu legen" und das 'sowjetische Volk' zu verleumdern. ...<<

NS-Euthanasie

Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleitarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geistesranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.

Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geistesranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.

Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geistesranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).

Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegepersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).

SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern. Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Euthanasie" (x051/165-166): >>Euthanasie (griechisch = schöner Tod), Sterbehilfe; die Hilfe zur Beschleunigung des Ablebens eines Menschen, der dem sicheren Tod geweiht ist.

Sie ist rechtlich nur zulässig, wenn mit ihr keine Abkürzung des Lebens verbunden ist. Als Euthanasie bezeichneten die nationalsozialistischen Machthaber die in den Jahren 1939-45 durchgeführte Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.

Die Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich waren Ausfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung: "Alles Schwache muß ausgeschaltet werden."

Mit allen Mitteln der Propaganda wurde das nationalsozialistische Gedankengut in die Öffentlichkeit getragen. Vor allem der Film wurde hierzu verwendet, indem suggestiv die Frage gestellt wurde, wozu den einzelnen und den Staat mit unheilbaren Geisteskranken, die als "unnütze Esser" galten, belasten, wenn ein vernünftiger Arzt sie von ihrem Leiden erlösen kann (z.B. "Das Erbe", 1935; "Opfer der Vergangenheit", 1937).

Später wurde die Problemstellung nicht mehr auf Geisteskranke beschränkt, sondern auf unheilbar Kranke ausgedehnt ("Ich klage an").

Am Anfang stand die Kinder-Euthanasie. Der Anstoß zu dieser Vernichtungsaktion kam von außen: Ende 1938 wandten sich Angehörige eines mißgebildeten Kindes an Hitler mit der Bitte, das Kind von "seinem Leiden" zu erlösen. Er erteilte die Genehmigung und beauftragte seinen Leibarzt, Brandt, das Erforderliche zu veranlassen.

Gleichzeitig gab er ihm und Reichsleiter Bouhler, Chef der "Kanzlei des Führers", mündlich die Ermächtigung, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren, wobei die KdF keinesfalls in Erscheinung treten dürfe. Unter dem Namen "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" wurde daraufhin eine Organisation geschaffen, die anfangs geisteskranke und mißgebildete Kinder bis zum Alter von drei Jahren erfaßte, später auch ältere.

Die Kinder wurden von ausgewählten Ärzten aufgrund der Meldung und einer kurz gefaßten Krankengeschichte begutachtet. Die als "lebensunwert" selektierten Kinder kamen in sogenannte Kinderfachabteilungen besonderer Heil- und Pflegeanstalten, wo sie getötet wurden.

Parallel zu der Kinder-Euthanasie lief das Euthanasie-Programm für erwachsene Geisteskranke an. Im Oktober 39 unterschrieb Hitler mit Datum vom 1.9.39 eine diesbezügliche Tötungsermächtigung.

Aufgrund dieser Ermächtigung wurde die "Aktion T4", die Massentötung psychisch kranker Erwachsener mittels Gas, durchgeführt. Auch in diesem Fall wurden die Kranken durch eine Fragebogen-Aktion erfaßt und die Fragebogen durch besondere ärztliche Gutachter – die "Kreuzleschreiber" – ausgewertet.

Die zur Tötung ausgewählten Personen wurden zur Tarnung in Zwischenanstalten verlegt und von dort in eine der sechs Tötungsanstalten gebracht. Zur Vermeidung von Rückschlüssen auf die KdF waren auch bei der "Aktion T4" Scheinorganisationen gegründet worden, derer man sich im Verkehr nach außen bediente.

Als die Tötungen trotz Tarnmaßnahmen in der Bevölkerung bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die propagandistischen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten. Auf Proteste – insbesondere von kirchlicher Seite – gab Hitler im August 41 den Befehl, die Aktion einzustellen.

Damit war die Ermordung von Geisteskranken jedoch nicht abgeschlossen. Nicht betroffen von der Einstellung waren die Kinder-Euthanasie und die "Aktion 14f13", eine Erweiterung der "Aktion T4" auf geisteskranke sowie arbeitsunfähige KZ-Häftlinge (Invaliden-Aktion). Letztlich wurden weiterhin erwachsene Kranke der Heil- und Pflegeanstalten getötet, allerdings nicht mehr durch Gas in den Tötungsanstalten, sondern durch Eingabe von Tabletten, Verabreichung von Spritzen oder Entzug der Nahrung im allgemeinen in den Verwahranstalten selbst. Nach noch vorhandenen Unterlagen fielen den Euthanasiemaßnahmen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die "Invaliden-Aktion" (x051/279): >>Invaliden-Aktion (Aktion 14f13), Bezeichnung für die Ausdehnung des Euthanasie-Programms auf KZ-Häftlinge.

Auf Veranlassung Himmlers begann man im Frühjahr 41 in den KZ kranke und arbeitsunfähige

ge Häftlinge unter der Tarnbezeichnung "Aktion 14f13" (nach dem Aktenzeichen des Inspektors der KZ) zur "Vernichtung" auszusondern. Die Selektionen führten Ärzte der "Organisation T4" durch. Eine körperliche Untersuchung erfolgte im Allgemeinen nicht; die Ärzte stellten Fragen nach Krankheiten aufgrund vorgefertigter Meldebogen und trafen dann ihre Entscheidung: "Ausmusterung" oder Verbleiben im KZ.

Ausgesondert wurden nicht allein kranke und arbeitsunfähige Häftlinge; verschiedentlich fielen unter die Selektionen auch asoziale, kriminelle, politische und jüdische Häftlinge z.B. mit der Begründung: "deutschfeindliche Hetzer", "im Lager anmaßend, faul, frech", "mehrfache Lagerstrafen".

Die "Gutachter" lieferten die mit ihrer Entscheidung versehenen Meldebogen bei der "Organisation T4" ab, wo sie von der Unterabteilung Gemeinnützige Krankentransport GmbH (Gekrat) weiterbearbeitet wurden. Von der "T4" gingen nach der Bearbeitung der Meldebogen Verlegungslisten der "Ausgemusterten" an die "Tötungsanstalten" Bernburg, Sonnenstein oder Hartheim, die ihrerseits mit den KZ in Verbindung traten und die Überstellung der Ausgesonderten vereinbarten.

Vermutlich im April 43 befahl Himmler, nur noch geisteskranke Häftlinge "auszumustern". Die "Tötungsanstalten" Bernburg und Sonnenstein wurden geschlossen; Hartheim blieb bestehen. Anfang April 44 wurde der ursprüngliche "Vernichtungsbefehl" erneut erteilt. Die Tötungen erfolgten in Hartheim. Der letzte Transport von ausgesonderten Häftlingen wurde dort am 11.12.44 vergast. Danach mußten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen die Vergasungsanlagen der Anstalt beseitigen.

Über die Gesamtzahl der bei der Invaliden-Aktion getöteten Häftlinge liegen nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bis zum April 43 mindestens 10.000 in den "Tötungsanstalten" ermordet wurden. In Hartheim sind in der 2. Phase der Invaliden-Aktion seit April 44 allein 3.228 Häftlinge getötet worden.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schrieb später über die NS-Zwangssterilisation (x051/660-661): >>Zwangssterilisation, Unfruchtbarmachung ohne Einwilligung des Betroffenen.

Erste Aktion der Nationalsozialisten im Zuge einer Politik der Aufartung war die durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.33 ermöglichte Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes galt, wer an angeborenem Schwachsinn (Intelligenzminderung), Schizophrenie, zirkulärem Irresein (manisch-depressiv), an erblicher Fallsucht (Epilepsie), Veitstanz (Chorea Huntington), Blindheit, Taubheit oder an schwerer körperlicher Mißbildung litt. Auch schwere Trunksucht (Alkoholkrankheit) konnte als Erbkrankheit eingestuft werden.

Über die Anträge auf Zwangssterilisation, zu der beamtete Ärzte und Anstaltsleiter verpflichtet waren, entschieden Erbgesundheitsgerichte. Wurde die Zwangssterilisation beschlossen, so war sie innerhalb von 14 Tagen durchzuführen. Bei Nichtbefolgung wurden Zwangsmaßnahmen bis zur polizeilichen Einlieferung in eine Klinik ergriffen. Die Entlassung aus Heil- und Pflegeanstalten ohne vorherige Zwangssterilisation wurde verboten.

1939 wurde durch die Erbpflegeverordnung die Zwangssterilisation auf "dringende Fälle" beschränkt. Im Dritten Reich sind zwischen 250.000 und 300.000 Menschen zwangssterilisiert worden. Merklichen Widerstand dagegen gab es zunächst nicht, da die Nationalsozialisten auch hier geschickt Diskussionen der Weimarer Zeit um Eugenik (Erbpflege) und Rassenhygiene aufnahmen.

Methoden zur Zwangssterilisation ganzer Gruppen und Völker wurden in Menschenversuchen in den KZ Auschwitz und Ravensbrück erprobt.<<